

FINDEL-AUSBAU

Ins Blaue hinein



Regierung und Fluggesellschaften setzen auf ein Wachstum des Flugverkehrs auf dem Findel. Und ignorieren dabei die Lärmbelastung der AnwohnerInnen und die Auswirkungen der Abgase auf das Klima.

Am Himmel über Luxemburg wird's eng. Das für Ende 2007 geplante neue Findel-Terminal kann bis zu drei Millionen PassagierInnen jährlich abfertigen. Derzeit liegt die Zahl der Reisenden bei etwa der Hälfte. Soll das Terminal ausgelastet werden, so muss es, grob geschätzt, zu einer Verdoppelung der Flüge kommen. Schließlich kommt noch der Frachtflugverkehr hinzu. Das Wachstum im Welthandel stimmt das Cargolux-Management optimistisch. Das Regierungsvorhaben, Luxemburg zu einer Logistik-Drehscheibe für Europa zu machen, soll zusätzlichen Mehrwert für die Frachtfirma induzieren - und zusätzliche Flugbewegungen.

Am Himmel über Luxemburg ist Ruh'. Wir schreiben das Jahr 2017. Die EU-Kommission hat Ernst gemacht mit ihrer Ankündigung, den CO₂-Ausstoß des Flugverkehrs zu drosseln. Die Verteuerung des Flugbenzins und der funktionierende Zertifikatenhandel lassen das 2006 angekündigte Ziel von minus 46 Prozent CO₂ bis 2020 realistisch erscheinen. Trotz sparsamer Motoren bedeutet das eine massive Drosselung des Flugverkehrs. Um die verbleibenden Flugbewegungen anzuziehen, haben andere Standorte massiv ihre Kosten gesenkt und die Lärmschutzaufgaben gelockert. Luxemburg hat entschieden, dabei nicht mitzumachen. So wurde der Findel zu dem, was er ursprünglich sein sollte: zum City-Flughafen einer kleinen Hauptstadt.

In welche Richtung sich der Luxemburger Flughafen wirklich

entwickeln wird, entscheidet sich in den kommenden Jahren. Mit Spannung erwarten die KritikerInnen des Ausbaus die Genehmigung, die Lucien Lux Anfang Februar vorlegen wird. Dabei handelt es sich um das Ergebnis des vor zehn Jahren von der Chamber geforderten Kommodo-Verfahrens für das gesamte Flughafenareal - seit den 80er Jahren hatte man sich nämlich auf Teilgenehmigungen für die Flugpiste und die einzelnen Neubauten beschränkt. Es waren vor allem die erfolgreichen Gerichtsklagen des Mouvement écologique, die die Vorgängerregierung dazu bewegten, dieses Verfahren einzuleiten.

Doch der Versuch, dem Findel endlich eine juristisch unanfechtbare Betriebsgenehmigung zu verschaffen, stellt Umwelt- und Transportminister Lucien Lux vor ein Dilemma. Ein korrektes Kommodo-Verfahren muss das geplante Wachstum der Aktivitäten in die Prüfungen einbeziehen. Geht man aber von einem starken Anstieg der Flugbewegungen aus und wendet moderne Verfahren zur Lärmbewertung an, so dürfte man zu einem unerfreulichen Ergebnis kommen: die Belastung für mehrere Tausend EinwohnerInnen überschreitet die Grenze des Zumutbaren. Dann müsste der Minister entweder die Flugbewegungen einschränken - das Geld für Terminal und Wartungshalle wäre in den Sand gesetzt. Oder er müsste den Betroffenen erklären, dass ihnen das Unzumutbare - im Interesse der Wirtschaft - eben einfach zugemutet wird.

Dilemma

"Es ist eine verfahrenere Situation", sagt Marco Breyer von der Regionale Syrdall des Mouvement écologique. "Einerseits sind wir froh, dass die Gesamtgenehmigung endlich kommt. Andererseits bedrückt es uns, dass es wahrscheinlich weiter geht mit Prozessen, bei denen wir recht bekommen, und Urteilen, die der Staat nicht umsetzt." Die UmweltschützerInnen befürchten vor allem, dass das Ministerium sich mit einem Trick aus dem Dilemma befreit: indem es bei der Genehmigung auf ein veraltetes Verfahren zur Lärmbewertung zurückgreift. Das wäre plausibel, hatte doch 2003 die Vorgängerregierung beim "Plan d'occupation des sols" (POS) für das Findelareal die Methoden des deutschen Lärmschutzgesetzes von 1971 angewendet. "Der Mouvement écologique erwartet deshalb von Umweltmini-

ster Lucien Lux, diesem falschen Zahlenspiel ein Ende zu setzen und korrekte Lärmbelastungen und -prognosen auf den Tisch zu legen, die auf Messtechniken beruhen, welche dem heutigen fachlichen Stand entsprechen", hieß es Anfang der Woche in einem Kommuniké. "Sollte das nicht der Fall sein, werden wir uns wieder wehren", sagt Breyer.

Schützenhilfe erhofft sich der Mouvement dabei von den Gemeinden, die seinerzeit gegen den POS geklagt hatten, allen voran die Stadt Luxemburg. "Wir sind uns im Schöffenrat einig", versichert der grüne Schöffe François Bausch. "Nach wie vor fordern wir einen City-Airport." Damit knüpft er an den Begriff an, mit dem Paul Helminger bereits 1999 gegen den Minister und Parteikollegen Henri Grethen argumentiert hatte: Gute Flugverbindungen, unter anderem für Geschäftsflüge, aber kein uneingeschränkter Ausbau über diese Bedürfnisse hinaus.

Gegen Mega-Airport

Aufgrund dieser Vorgabe hatte 2003 der damals noch blau-schwarze hauptstädtische Schöffenrat den POS der CSV-DP-Regierung abgelehnt: Die im Plan vorgesehene Entwicklung des Fluglärms werde durch die Berechnungsmethode unterschätzt und die Gesundheit der Anwohner gefährdet. Die Regierung wiegelte ab: Umweltprobleme wie der Lärmschutz würden nicht im POS, sondern im nachfolgenden Kommodo-Verfahren untersucht. Das Kommodo soll Anfang Februar anlaufen, und die entscheidende Frage ist, ob die Berechnungsmethode angepasst wurde. Bis Redaktionsschluss war es leider nicht möglich, vom Umweltminister eine Stellungnahme hierzu zu bekommen.

Mangelnde Kommunikationsbereitschaft und fehlende Transparenz werden den Ministern seit Jahren von den KritikerInnen vorgeworfen. "Wir haben keine ordentlichen Zahlen, weder über den Lärm, noch über die Nachtflüge", klagt François Bausch. Er betont, dass er wie alle Kritiker nicht gegen den Findel sei. "Wir brauchen einen Flughafen. Doch um Akzeptanz zu schaffen für das, was wir brauchen, muss man auf Transparenz setzen." Bausch nennt das Beispiel Zürich, wo Informationen über Flüge und Belastungen öffentlich zugänglich sind und Vertreter der Zivilgesellschaft im Aufsichtsgremium sitzen.

In Luxemburg scheint man einen anderen Weg zu wählen. Es sieht so aus, als wolle die Regierung einen massiven Ausbau des Findel mit Hilfe veralteter Methoden zur Lärmberechnung und des Verweises auf gefährdete Arbeitsplätze durchsetzen. Damit würde sie die Lebensqualität für Zehntausende von EinwohnerInnen verschlechtern, um eine wirtschaftliche Nische zu besetzen, die langfristig keine Zukunft hat. Zu viele klima- und umweltpolitische Argumente sprechen gegen einen Ausbau des Flugverkehrs. Doch wie beim Tanktourismus wird man das erst eingestehen wollen, wenn es zu spät ist.

Raymond Klein

Cosimo fest in staatlicher Hand

Personalwechsel bei der "Commission des sites et monuments" (Cosimo), der gesetzlich vorgesehenen Kommission, welche die Regierung in Sachen Denkmalschutz beraten soll. Neuer Präsident ist Patrick Sanavia, Regierungsrat im Kulturministerium und Nachfolger von Alex Langini, Beamter beim Service des sites et monuments. Noch vor kurzem schrieb der Mouvement écologique in einem Dossier zum Denkmalschutz über das konsultative Organ: "Problematisch ist an der Struktur der Cosimo, dass ihre Mitglieder von der Regierung bestimmt werden und dass ihr Präsident ein Mitarbeiter der Denkmalschutzbehörde ist. Ein autonomes Funktionieren ist somit nicht unbedingt gewährleistet." Bislang war die Kommission bis auf wenige Ausnahmen von Staatsbediensteten besetzt. Auch der neue Präsident scheint laut Informationen der wox diese Tradition fortzusetzen. Und was die wenigen VertreterInnen der Zivilgesellschaft betrifft, so sollen anscheinend vor allem PräsidentInnen von Vereinigungen Mitglied werden, nicht aber mehr Privatpersonen. Ob die Neubesetzung dazu genutzt wird, im Rahmen der Reform des Denkmalschutzgesetzes über Mission und Handlungsspielraum der Cosimo nachzudenken, erscheint demnach fraglich. Dabei drängen sich einige überfällige Neuerungen auf: Bislang sind etwa die Gutachten der Cosimo nicht öffentlich und haben - siehe Hochöfen - kaum einen Impact.

Lëtzebuergesch an der Schoul

"Mission accomplie" - sou huet d'Edukationsministesch Mady Delvaux-Stehres en Donneschdeg d'Presentatioun vun zwee neie Lëtzebuergesch-Bicher fir d'Primärschoulen plus enger Audio-CD charakteriséiert. Dat neit Material soll, sou den Inspekter Pierre Reding bei der Pressekonferenz, dat aalt Heftchen "Lëtzebuergesch an der Schoul" ersetzen, dat "verstépst" gewiescht wier an der literarescher Entwécklung an de läschte Joerzénge net géif Rechnung droen. Déi zwee nei Bänn énnert dem Titel "Lies a fléi" goufe vun engem Aarbechtsgrupp erschafft, an deem de Lëtzebuerg Schrëftstellerverband, de Conseil national de la langue luxembourgeoise an d'Primärschouls-Personal an -Inspektorat vertraude woren. Ob den Usproch op méi zäitgeméiss Texter ëmmer erfüllt gouf, doriwwer kann ee bei eenzelnen Texter zwar streiden - z.B. bei der Chrëschtagsgeschichte "Deemols huet e Stär de Wee gewisen" oder dem Gedicht "D'Mamm ass krank". Trotzdem ass dës Kéier d'Auswiel vun den Texter wäit méi diversifiéiert a méi kandgeméiss. An et si flott Kapitelen dobäi wéi dat iwwert d'Léift. A wéi engem Mooss déi nei Bicher awer iwwerhaupt zum Asaz kommen, dat hänkt ëmmer nach vum gudden Wëlle vu Schoulmeeschteren a Léierinnen of. Well weiderhi géllt: Um Léierplang ass just eng Stonn Lëtzebuergesch d'Woch virgesinn, an op deen ëmmer agehal gëtt, ass eng Fro.

Le facteur ne sonne qu'une fois

"La société évolue et les gens sont de moins en moins souvent chez eux". C'est ce constat qui a poussé la députée libérale Anne Brasseur à déposer une proposition de loi visant à modifier certains articles de la loi électorale. Vous connaissez certainement le problème du facteur qui ne sonne qu'une fois à votre porte pour vous réclamer un paraphe à gratter sur un récépissé. Malheureusement, il se trouve qu'il exerce fréquemment son métier au même moment que vous. Si la loi électorale reste inchangée, le facteur sonnera à nouveau en 2009, vous demandant de confirmer par écrit que vous avez bien obtenu votre convocation d'électeur. Et vous serez absent. En octobre 2005, Brasseur avait déjà questionné à ce sujet Jean-Marie Halsdorf, ministre de l'intérieur, lui demandant ce qu'il pensait de l'idée d'abandonner l'envoi sous récépissé et de préconiser une vérification d'identité au bureau de vote. "Réflexions pertinentes", estimait Halsdorf dans sa réponse. Et rien ne suivit. La proposition de loi présentée à la presse ce mercredi contient les propositions "pragmatiques" de la députée du DP. Par ailleurs, elle prévoit que les communes publient également les convocations dans au moins deux quotidiens nationaux. Le wox propose d'étendre cette possibilité aux hebdomadaires.